

Ausbluten der Kliniken verhindern!

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

liebe Freundinnen und Freunde, Genossinnen und Genossen!

Heute sind hier in Berlin zehntausende Menschen auf der Straße, um der Politik und der Regierung aufzuzeigen, dass eine Vielzahl von Krankenhäusern finanziell am Ende ist. Bund und Länder haben dies zu verantworten.

Die Finanzierungslücke in den deutschen Krankenhäusern hat für Patientinnen und Patienten sowie die Beschäftigten gleichermaßen bedrohliche Ausmaße angenommen. Patientinnen und Patienten beklagen fehlende pflegerische und ärztliche Betreuung. Stellenabbau, Gehaltsabsenkungen durch Notlagentarifverträge, Befristung von Arbeitsverhältnissen und Beschäftigung von Leiharbeitskräften sind trauriger Alltag in Krankenhäusern geworden.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Gesundheit und Soziales, der Parteivorstand und die Gesundheitsexpertinnen und -experten der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE unterstützen diese Demonstration, die von dem Aktionsbündnis „Rettung der Krankenhäuser – der Deckel muss weg“ organisiert worden ist.

Ohne die notwendigen Korrekturen verschärft die Bundesregierung den Privatisierungsdruck oder die Schließung weiterer Krankenhäuser.

Gegen diese Politik setzen wir uns gemeinsam mit Ihnen zur Wehr!

DIE LINKE im Deutschen Bundestag war es, die zu Beginn dieses Jahres den ersten Antrag einbrachte, um die Finanznot der Krankenhäuser zu stoppen. Darin fordert die Bundestagsfraktion:

- Die Tariferhöhungen im vollen Umfang finanzieren!
- Das Budget anheben!
- Den „Sanierungsbeitrag“ sofort beenden!
- Den Investitionsstau auflösen!

Die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung ist eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Diese darf nicht dem „Markt“ überlassen werden. DIE LINKE fordert ein Ende der Privatisierungswelle. Wo möglich, muss durch Rekommunalisierung die veräußerten Häuser wieder in die öffentliche Hand übernommen werden. Die Länder sind in der Pflicht, ihren Investitionsverpflichtungen endlich nachzukommen. Der Bund muss ihnen bei dieser Aufgabe Unterstützung gewähren.

Die Pläne der Bundesregierung reichen nicht, das Ausbluten der Kliniken zu verhindern. Umschichtungen werden im Haushalt durch Bundesministerin Ulla Schmidt als Finanzhilfe verkauft.

Wir brauchen endlich eine solidarische Finanzierung des Gesundheitswesens!

